

Unterstützung der Regionalentwicklung in Tunesien

Mit den Regionen, für die Regionen

Herausforderung

Tunesien ist durch große regionale Entwicklungsunterschiede geprägt. Die meisten wirtschaftlichen Aktivitäten konzentrieren sich auf die Hauptstadt Tunis sowie die Küstenregionen im Norden und Nordosten. Das Hinterland, der ländliche Süden sowie die Regionen Zentrum-West und Nord-West sind davon weitgehend ausgeschlossen. So lag im Jahr 2014 die Arbeitslosenrate dort bei durchschnittlich 23 Prozent, während sie in Tunis 15 Prozent und im Küstengürtel zehn Prozent betrug. In den vernachlässigten Regionen kommt es immer wieder zu sozialen Unruhen.

Diese Ungleichheit gilt als eine der Hauptursachen der tunesischen Revolution von 2010/11, die von den Regionen des Landesinneren ausging. Seitdem steht die Entwicklung der benachteiligten Regionen auf der politischen Agenda weit oben. Die 2014 verabschiedete Verfassung schlägt im Sinne einer Dezentralisierung eine Neuordnung der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften vor. Die Regionen sollen wie die Kommunen ein direkt gewähltes Vertretungsorgan erhalten. Ihnen sollen weitreichende inhaltliche und finanzielle Kompetenzen für eine selbstbestimmte Entwicklung zugesprochen werden. Derzeit werden die gesetzlichen und institutionellen Rahmenbedingungen dafür erarbeitet.

Für den Erfolg der Regionalentwicklung und der Dezentralisierung ist es notwendig, dass die Regionen bei der Vertretung ihrer Interessen ihre Entwicklungspläne nutzen. Die regionalen staatlichen, zivilgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Akteure sind allerdings bisher noch nicht in der Lage, die Regionalplanung partizipativ für eine selbstbestimmte und ergebnisorientierte Entwicklung einzusetzen.

Projektname	Unterstützung der Regionalentwicklung in Tunesien
Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Projektgebiet	Sieben Gouvernorate: Kasserine, Kef, Sidi Bouzid, Beja, Siliana, Jendouba, Kairouan
Politischer Träger	Ministerium für Entwicklung, Investitionen und Internationale Zusammenarbeit (Ministère de Développement, de l'Investissement et de la Coopération Internationale, MDICI)
Nationale Partner	Generaldirektion für Regionalentwicklung, Regionale Entwicklungsdirektionen, Überregionale Entwicklungsbüros, Regionalräte
Gesamtlaufzeit	2016 - 2018

Lösungsansatz

Das Vorhaben zielt auf die Stärkung der nach der neuen Verfassung zukünftig als Gebietskörperschaft eingerichteten Regionen. Dabei konzentriert es sich auf die sieben Gouvernorate in Nord-West und Zentrum-West, die Schwerpunktregionen der deutsch-tunesischen Zusammenarbeit. Künftig sollen die regionalen Akteure die regionalen Entwicklungspläne gemeinsam mit der Bevölkerung erarbeiten, gegenüber den Fachministerien vertreten und ihre Umsetzung steuern.

Das Vorhaben setzt dabei auf verschiedenen Ebenen an:

1. Die Abstimmung zwischen staatlichen, zivilgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren auf regionaler Ebene wird durch deren Einbeziehung in die Treffen der Regionalräte verbessert.
2. Die Regionalräte selbst werden in den Bereichen Bürgerbeteiligung, Transparenz und Kommunikation weitergebildet, um sie für ihre Aufgaben im Bereich der Regionalentwicklung als zukünftig gewählte Gremien vorzubereiten.



Foto links: Während einer Schulung im Gouvernorat Beja lernen die Teilnehmenden Methoden, mit denen sie zukünftig die Bedarfe ihrer Region besser identifizieren können.

Foto rechts: Zwei Mitarbeiterinnen von staatlichen Regionalbehörden werden in Moderationstechniken geschult, um Arbeitstreffen zu regionaler Entwicklung effizienter gestalten können.

Dr. Stefanie Harter
stefanie.harter@giz.de

3. Die für Regionalentwicklung zuständigen Regionalbehörden werden darin gestärkt, ihre koordinierende und beratende Rolle in der Regionalentwicklung wahrzunehmen. Dazu wird ein Monitoring- und Evaluierungssystem aufgebaut, das zuverlässige Daten über Regionalentwicklungsfragen liefert.
4. Die Fachabteilung im Ministerium für Entwicklung, Investitionen und Internationale Kooperation wird dabei unterstützt, mit einem Netzwerk von Fachleuten die nationale Regionalentwicklungspolitik fortzuschreiben.

Wirkungen in Zahlen...

Die erste Phase des Vorhabens hatte zum Ziel, die institutionellen Voraussetzungen für eine effektive und partizipative Regionalentwicklung in Tunesien zu verbessern. Nachfrageorientiert wurde die Entwicklung von Rechtsgrundlagen und Reformstrategien unterstützt sowie die Verbesserung der interministeriellen Abstimmung begleitet. Auf der regionalen Ebene wurden die bestehenden staatlichen Strukturen gestärkt. Das Vorhaben initiierte unter Federführung des Entwicklungs-, Innen- und Finanzministeriums unterschiedliche interministerielle Arbeitsgruppen mit dem Ziel, die Zusammenarbeit und Kommunikation zu verbessern. Diese arbeiteten zu Themen wie Regionalentwicklung, Fiskaldezentralisierung sowie der Verlagerung von Verwaltungsaufgaben. Dabei wurden sie von nationalen und internationalen Experten beraten. Hinzu kamen Studienreisen zu spezifischen Fragestellungen.

Mit Unterstützung der GIZ wurden im Rahmen der Vorbereitung des neuen Fünf-Jahres-Plans in 18 der 24 Gouvernorate regionale Entwicklungspläne partizipativ erarbeitet. Dieser beteiligungs- und bedarfsorientierte Prozess war neu für Tunesien und unterschied sich wesentlich von der bis dahin üblichen zentralstaatlich vorgegebenen Regionalplanung. Durch die Umsetzung der 18 regionalen Entwicklungspläne profitieren potentiell 85 Prozent der tunesischen Bevölkerung, ca. 9,3 Mio. Menschen.



Lotfi Regaya im Gespräch mit einem Mitglied der interministeriellen Arbeitsgruppe "Dekonzentration".

...und Gesichtern

Lotfi Regaya ist Generaldirektor für regionale Angelegenheiten im tunesischen Innenministerium. Als Mitglied einer interministeriellen Arbeitsgruppe zur Übertragung von Verwaltungsaufgaben von der nationalen auf die regionale Ebene ist er überzeugt von der Notwendigkeit, mit anderen Ministerien zusammenzuarbeiten.

„Der Reflexionsprozess in der interministeriellen Arbeitsgruppe war sowohl persönlich als auch beruflich bereichernd für mich. Ich verstehe heute die Funktionsweise anderer Ministerien besser. Außerdem sehe ich klarer, wie wir zukünftig eine dezentrierte Verwaltung des Staates gestalten müssen, um die neuen Gebietskörperschaften zu unterstützen.“

Lotfi Regaya führt die durch die Arbeitsgruppe angestoßenen Prozesse in seiner täglichen Arbeit fort. Er arbeitet deshalb gemeinsam mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie amtierenden und ehemaligen Gouverneuren zur zukünftigen Rolle und den Zuständigkeiten der Regionalverwaltungen.

Herausgeber Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft - Bonn und Eschborn

Projekt „Unterstützung der Regionalentwicklung
in Tunesien“
GIZ Büro Tunis
B.P. 753 - 1080 Tunis Cedex - Tunesien
T + 216 71 967 220
F + 216 71 967 227
www.giz.de/tunesien
www.facebook.com/GIZTunisie

Stand Juni 2017

Druck/ Gestaltung Kréa - 1002 Tunis

Text GIZ Tunesien

Die GIZ ist für den Inhalt der vorliegenden Publikation verantwortlich.

In Kooperation mit Ministère de Développement, de l'Investissement
et de la Cooperation Internationale

Im Auftrag des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung (BMZ)

Referat Nordafrika, Mittelmeerpolitik

Adressen der
BMZ Büros
BMZ Bonn
Dahlmannstraße 4
53113 Bonn, Deutschland
T +49 228 99 535 - 0
F +49 228 99 535 - 3500

BMZ Berlin
Stresemannstraße 94
10963 Berlin, Germany
T +49 30 18 535 - 0
F +49 30 18 535 - 2501

poststelle@bmz.bund.de
www.bmz.de